

Stellungnahme

zum Entwurf der Landesregierung zur Änderung der Verordnung über die Pflichtstunden der Lehrkräfte, über die Anrechnung dienstlicher Tätigkeiten und über Pflichtstundenermäßigungen (Pflichtstundenverordnung) vom 06.12.2011

Demokratische Rechte unserer Kinder vertragen keine Sparmaßnahmen!

Der Entwurf der Pflichtstundenverordnung (PflStdVO) sieht erhebliche Sparmaßnahmen bei den Anrechnungsstunden von Lehrkräften vor.

Schülervertretungen und Landesschülervertretung arbeiten eng mit den sogenannten Verbindungslehrkräften zusammen. Diese Zusammenarbeit ist wichtig, um die Vielfalt der Aufgaben zu koordinieren, und die SchülerInnen in ihrer Aufgabe als gewählte Schülervertretung zu unterstützen. Langjährige Projekte (z. B. Grundrecht auf Ausbildung, Inklusion) können ohne die Mitarbeit der Verbindungslehrkräfte nicht aufrecht erhalten werden.

Bisher haben Lehrkräfte, die als Verbindungslehrer bei der Schülervertretung mitgewirkt haben, Unterrichtsentlastung bekommen. Diese sollen komplett gestrichen werden. Verbindungslehrkräfte des Landesschülerrats bekommen nur noch 15 Stunden angerechnet, statt (wie bisher) 31.

Das sind Sparmaßnahmen, die unsere Schüler nicht brauchen - die aber erklären, warum Hessen plötzlich mehr Lehrerstunden auf dem Papier zur Verfügung hat.

Als eklatanten Eingriff in die gewollte Autonomie der Landesschülervertretung sehen wir die Streichung der Funktion des Kassenwartes. Bisher übernimmt ein Verbindungslehrer die Aufgaben, zukünftig soll ein Staatliches Schulamt damit betraut werden.

Bereits in den vergangenen Monaten hat unsere Schülervertretung mit den immer umfangreichen bürokratischen Auflagen bei der Abrechnung kämpfen müssen, jetzt soll sie auch noch daran gehindert werden, ihre eigenen Gelder zu verwalten. Dieser Eingriff ist nicht zu legitimieren und dient allenfalls als Rechtfertigung einer monströsen neuen Schulverwaltung.

Die Mitarbeit unserer Schülerinnen und Schüler in demokratisch gewählten Gremien erachten wir für wichtig und unterstützenswert, legt sie doch wichtige Grundlagen für das Demokratielernen und die Partizipation als Bürger dieses Staates. Der vorliegende Entwurf beschneidet die Selbstständigkeit und die Handlungsfähigkeit der Schülervertretung und des Landesschülerrats und damit die Wahrnehmung der demokratischen Rechte unserer Kinder!

Der Landeselternbeirat unterstützt die Forderungen des Landesschülerrates und fordert die Landesregierung auf, diesen Eingriff zu stoppen und die vorgesehenen Änderungen zu streichen. Im Übrigen verweisen wir auf die umfangreichen Stellungnahmen der Landesschülervertretung: <http://lsv-hessen.de/themen/pflichtstundenverordnung>.